



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Februar 2007

+++ **Inhalt:** Umweltrechtlicher Kahlschlag, S. 1 +++ Fledermausfreundliches Haus gesucht, Neues vom Welter Bach - S. 2 +++ Kormoranabschuss verhindert, Dialog mit der Wasserwirtschaft, Land der Kontraste - S. 3 +++ Bauboom forciert Flächenfraß - S. 4 +++ Stadtbäumen droht Kahlschlag - S. 5 +++ PFT ist überall - S. 6 +++ Klimaschutz-Genossenschaft gegründet, Protest gegen Zeche - S. 7 +++ Gentech-Anbau in NRW - S. 8 +++

Verbände gegen Landschaftsgesetz-Novelle: „Naturschutz wird um 30 Jahre zurückgeworfen“

NRW droht naturschutzrechtlicher Kahlschlag

Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt und Naturschutzbund Deutschland machen gemeinsam gegen die geplante Änderung des Landschaftsgesetzes mobil. Im Rahmen einer Landespressekonferenz forderten die Verbände den Landtag

Uhlenberg gegenüber BUND, LNU und NABU sogar eingeräumt, die Kritik in Teilen nachvollziehen, sich aber nicht gegen die Landtagsfraktionen durchsetzen zu können. Den kritischen Beobachter beschleicht daher zunehmend das Gefühl, dass die FDP in der Koalition diesbezüglich das Sagen hat. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke und der so genannte „umweltpolitische Sprecher“ Holger Ellerbrock scheinen mit ihrem selbst erklärten Feldzug gegen den Naturschutz in NRW also bislang erfolgreich zu sein.

Das Parlament beschäftigte sich Ende Januar in erster Lesung mit der Gesetzes-Novelle. BUND, LNU und NABU haben ihren vehementen Widerstand im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens angekündigt. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz.htm



Gemeinsam gegen den umweltrechtlichen Kahlschlag (v.l.n.r.): Josef Tumbrinck (NABU-Landesvorsitzender), Mark vom Hofe (LNU-Landesvorsitzender) und BUND-Landeschef Klaus Brunsmeier.

auf, diesen „rein ideologisch motivierten Totalausverkauf der Natur“ zu stoppen. Trotz einiger gegenüber dem ersten Gesetzentwurf erreichter Verbesserungen droht ein beispielloser umweltrechtlicher Kahlschlag: Mitwirkungsrechte sollen massiv beschnitten, Zerstörungen von Natur und Landschaft erleichtert und ehrenamtliches Engagement torpediert werden.

„Aus unserer Sicht ist die geplante Landschaftsgesetz-Novelle nichts anderes als ein Kniefall der Landesregierung vor der industriellen Agrarlobby und der Wirtschaft“, erklärte Klaus Brunsmeier, Vorsitzender des BUND. „Damit wird der Naturschutz in NRW um 30 Jahre zurückgeworfen.“ Hauptkritikpunkte sind die Entwertung der so genannten Eingriffsregelung, die den naturschutzfachlichen Ausgleich für die Inanspruchnahme von Natur und Landschaft regelt, die Einschränkung der Klagebefugnis der Naturschutzverbände und die Schwächung der ehrenamtlichen Beiräte bei den Landschaftsbehörden. Auch die Vorschriften für einen landesweiten Biotopverbund sollen gelockert werden.

Ob der begründeten Kritik verlor Umweltminister Eckhard Uhlenberg die Contenance. Als „völligen Quatsch“ bezeichnete er die Verbände-Stellungnahme. Dabei hatte

Landkärtchen ist Schmetterling des Jahres

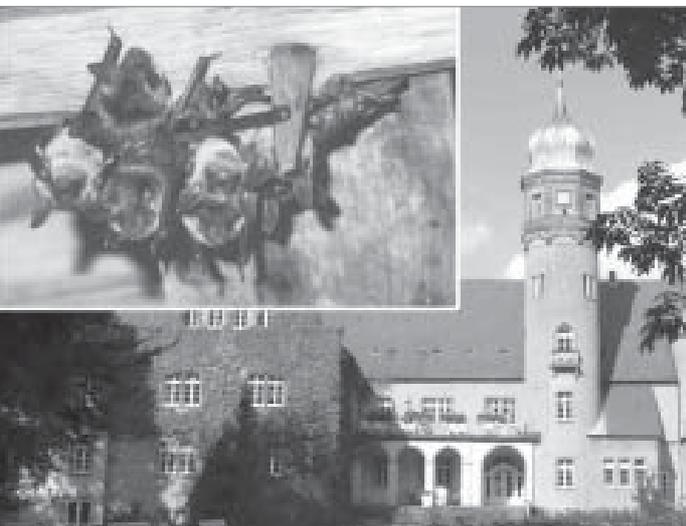
Flexibler Falter

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. haben das Landkärtchen (*Araschnia levana*) zum Schmetterling des Jahres 2007 gekürt. Das Landkärtchen ist der einzige heimische Tagfalter, der von Generation zu Generation seine Farbe wechselt. Lange Zeit hielten daher selbst Experten die beiden Formen für zwei verschiedene Arten.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2007.htm



Fotos: W. Schön



Große Mausohren nutzen große Dachböden von Kirchen, Schlössern oder Herrenhäusern als Wochenstubenquartier.

Foto: B. Meier-Lammering

Neues BUND-Artenschutzprojekt

Fledermausfreundliches Haus gesucht

Unsere heimischen Fledermausarten sind weiterhin bedroht und daher europaweit geschützt. Bis auf eine Art stehen alle auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten. Eine neues BUND-Projekt will nun den Bestand der „Kobolde der Nacht“ sichern helfen.

Ein Faktor für den Rückgang der Fledermäuse sind fehlende Quartiermöglichkeiten. Dabei leben einige Fledermausarten gerne als oftmals unbemerkte „Untermieter“ in Gebäuden und sind daher bei passendem Quartierangebot auch in Siedlungsbereichen anzutreffen.

Mit dem Projekt „Fledermausfreundliches Haus“ widmet sich der BUND speziell den Fledermäusen im Siedlungsbereich. Ziel des Projekts ist es, in verschiedenen Regionen, Kreisen oder Orten in NRW vorhandene Fledermausquartiere an Gebäuden zu erfassen, zu sichern oder neue Quartiermöglichkeiten zu schaffen. Daneben soll auch das z.T. noch sehr ambivalente Image der bedrohten Säugetiere verbessert werden.

Wer also für seine „Untermieter“ etwas tun möchte, wende sich bitte an unten stehende Kontaktadresse. Als Belohnung winken Auszeichnungen und Preise. Der BUND sucht aber auch noch aktive Fledermausschützer - und solche, die es werden wollen-, die als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen, Hausbesitzer beraten und Fledermausquartiere erfassen. (bml)

Kontakt und Infos: Bernd Meier-Lammering, Thomashof 12, 33619 Bielefeld, Tel.: 0521/5573903, email: bernd.meier-lammering@bund.net

Neues vom Welter Bach in Dülmen

Naturerlebnis der besonderen Art

Die Bachauen am Welter Bach im Norden von Dülmen entwickeln sich auch dank fleißiger Hilfe einer Gallowayherde als ehrenamtliche Landschaftspfleger seit einiger Zeit immer mehr zu einer herrlichen Naturoase mit nachhaltiger Bewirtschaftung. Ziel des BUND ist es nun, diese erfreuliche Entwicklung der Öffentlichkeit darzustellen, weitere Unterstützung einzuwerben und den Menschen diesen Teil der Natur näher zu bringen.

Hierzu hat der BUND-Landesverband im Rahmen eines Traineeprojekts die Aktion „Freunde des Welter Baches“ mit lokalen Persönlichkeiten als Unterstützer initiiert. Infomaterialien und Veranstaltungen thematisieren nicht nur die rein naturschutzfachlichen Aspekte, sondern beschreiten auch neue Wege des Zugangs zur Natur. Im Vordergrund steht die Gewinnung neuer Zielgruppen für die Natur und den BUND. So wird in Kooperation mit dem örtlichen Stadtmarketing im Frühsommer im Rahmen einer Märchenstunde „Der Froschkönig“ rezitiert, während in den Bachauen die Rufe der Laubfrösche zu hören sein werden. Daneben werden von der Stadt Dülmen neue Schautafeln eingeweiht, bei denen eine innovative Form der Darstellung gewählt wurde. Im Gegensatz zu klassischen Infotafeln, die verstärkt auf einen kognitiven

Naturzugang abzielen, werden durch einen familienfreundlichen Text auch emotionale Aspekte berücksichtigt. Auf die Resonanz sind wir gespannt.



Foto: M. Groß

Das touristische Potenzial in Dülmen nutzt der BUND für eine überregionale Projektvermarktung. In Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing wurde ein Exkursionsangebot für das örtliche Tourismusprogramm erstellt. Tagestouristen können die Exkursion mit kombinierbarem Rahmenangebot über das Tourismusbüro in Abstimmung mit dem BUND gegen Entgelt individuell buchen. Daneben entwickelt der BUND eine Themenradroute „Naturschutz“ mit dem Welter Bach als Schwerpunkt, die in das touristische Routenkonzept der Stadt Dülmen integriert wird. Realisierungskosten in Form von Flyererstellung, Vermarktung und Beschilderung werden von der Stadt Dülmen übernommen. (dg)

Informationen & Kontakt: www.welter-bach.de;
Ansprechpartner: Dirk Gährken, Tel. 0211 / 30200525,
dirk.gaehrken@bund.net sowie Martin Groß, Tel. 02594/
909337 und mauerfuchs@aol.com

Erfolg für BUND-Naturschützer

Kein Kormoran-Abschuss

Dank des Einsatzes der BUND-Kreisgruppe Minden-Lübbecke um Lothar Schmelzer und Gert Ziegler konnte der geplante Abschuss von Kormoranen im EU-Vogelschutzgebiet „Weseraue“ vorerst verhindert werden. Letztendlich versagte die zuständige Untere Landschaftsbehörde nach heftigen Protesten die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Bejagung des v.a. seitens der Fischereiverbände und Angler häufig fälschlicherweise als „Unterwasserterrorist“ diffamierten Wasservogels. Vier entsprechende Anträge von drei Fischereiverbänden und einem Berufsfischer lagen der Behörde vor.

Mitte September hatte die Landesregierung den Kormoran auf Druck der Fischerei-Lobby per Verordnung zum Abschuss frei gegeben. Seriöse Nachweise, dass der Kormoran an Fließgewässern dauerhaften Schaden an der natürlichen Fischfauna anrichtet, existieren hingegen nicht. Auch wenn die Bejagung des Vogels ausgerechnet in einem Vogelschutzgebiet an Absurdität nicht zu überbieten ist, sind für den Kormoran v.a. auch außerhalb der Schutzgebiete harte Zeiten angebrochen. (dj)

Kontakt und Infos: bund.minden-luebbecke@bund.net,
<http://vorort.bund.net/minden-luebbecke>

BUND informierte sich bei der
EMSCHERGENOSSENSCHAFT

Wasserwirtschaft und Umweltschutz im Dialog

Zu einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch trafen sich die Vorstände von BUND und EMSCHERGENOSSENSCHAFT. „Der Emscherumbau ist ein weltweit einmaliges Beispiel mit Vorbildcharakter für eine Flussrenaturierung und Wiedergewinnung eines verloren gegangenen Lebensraumes“ erklärte Dr. Angelika Zahrt, Bundesvorsitzende des BUND. Auf Einladung des Wasserverbandes informierten sich neben der BUND-Bundesvorsitzenden die Landesvorstandsmitglieder Paul Kröfges und Friedrich Ostendorff über den Umbau des Emschersystems.

Dr. Jochen Stemplewski, Vorstandsvorsitzender der EMSCHERGENOSSENSCHAFT und Vorstandsmitglied Dr. Emmanuel Grün erläuterten das Jahrhundertprojekt und verdeutlichten besonders das Zusammenspiel von nachhaltiger Wasserwirtschaft und ökologischer Perspektive. „Unsere hohen Investitionen von insgesamt 4,4 Mrd. Euro für den Emscher-Umbau sind auch Investitionen in die ökologische Zukunft der Region. Fast 2 Mrd. sind bereits investiert, 80% davon in harte, siedlungswasserwirtschaftliche Infrastruktur wie z.B. Kanäle, Pumpwerke und Kläranlagen. Diese Anlagen sind

die Grundvoraussetzungen für die ökologische Verbesserung der Emscher und ihrer Nebenläufe. Als Flussmanager bringen wir das Abwasser in neue unterirdische Kanäle und die sauberen Flüsse zurück zu den Menschen.“

Der BUND begrüßt die ökologischen Perspektiven des Emscher-Umbaus und besonders die Tatsache, dass die EMSCHERGENOSSENSCHAFT auf dem Weg zur Verbesserung der Gewässergüte die europäische Wasserrahmen-Richtlinie umsetzt und dabei die hydrologischen Umweltaspekte wie Hochwasserschutz und Regenwasserbehandlung besonders berücksichtigt. In den zurückliegenden Jahren hat die EMSCHERGENOSSENSCHAFT bereits eine intensive Kooperation mit den Umweltverbänden in NRW praktiziert und konkret das Wassernetz NRW unterstützt. Auf dem Spitzentreffen wurde vereinbart, den Dialog noch intensiver fortzuführen. Die Vorstände haben als erstes einen regelmäßigen Informationsaustausch vereinbart, um rechtzeitig gemeinsame Themen wie z.B. Erholungsnutzung und Naturschutz zu bearbeiten. (pk)

Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/wasser.htm

Unter der fachkundigen Führung von Rudolf Hurck (EMSCHERGENOSSENSCHAFT) informierten sich die BUND-Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrt und der stellvertr. BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges über die Erfolge beim Emscherumbau.



Erfolgreicher BUNDjugend-Wettbewerb Land der Kontraste

Ein Song über die umweltpolitischen und sozialen Kontraste in NRW, Fotos eines Naturschutzgebiets vor einem Kraftwerk sowie ein Kurzfilm über die A1 und die verloren gegangene Stille sind nur einige Beispiele für die über 120 eingereichten Beiträge beim Kreativwettbewerb „Land der Kontraste – NRW“. Mit dem Kontraste-Kongress vom 17. bis 19. November im Kulturzentrum Bahnhof Langendreer in Bochum endete jetzt die erste Wettbewerbsphase des von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderten BUNDjugend-Projekts.

Die rund 40 Kongress-TeilnehmerInnen setzten sich in kreativen Workshops wie zum Beispiel einer Schreibwerkstatt oder einen Film- und Theaterworkshop mit den unser Land prägenden umweltpolitischen, sozialen und landschaftlichen Kontrasten auseinander. Als Abschluss wurden im Rahmen einer großen Preisverleihung mit über 130 Gästen die besten acht Arbeiten des Kreativwettbewerbes ausgezeichnet. Dabei sorgten die Jugendlichen mit einem musikalischen Live-Auftritt und der Präsentation eines Ausschnitts aus dem beeindruckenden Theaterstück „Atompolitik“ selber für Stimmung. Feuershow, Fotopräsentation und Sektempfang rundeten das Programm ab. Überreicht wurden die Preise von BUND-Landesvorstandsmitglied

Friedrich Ostendorff und der Schauspielerin Paula Kalenberg („Die Wolke“). Sie hatte das Kontraste-Projekt von Beginn an unterstützt

Über 300 Jugendliche haben sich bereits am Wettbewerb beteiligt. Mit der Veranstaltung in Bochum wurden nicht nur die PreisträgerInnen 2006 ausgezeichnet, sondern auch die zweite Wettbewerbsrunde eingeläutet. Einsendeschluss in 2007 ist der 23. September.

Gabi Diethers

Mehr Infos : www.kontraste-nrw.de oder im BUNDjugend Projektbüro in Soest, Tel.: 02921-33640.



Kama Frankl und ihre Theatergruppe aus Recklinghausen sorgten für „bombige“ Stimmung (Foto links).

Die Preise verlieh Schauspielerin Paula Kalenberg („Die Wolke“).

Fotos: BUNDjugend

Landauf landab wird munter drauf los geplant

Ba boom trotz demographischen Wandels

Inzwischen liest und hört man fast täglich, dass unsere Bevölkerung altert und schrumpft. Trotzdem werden landauf landab munter neue Baugebiete ausgewiesen. Wenn Gemeinden über neue Baugebiete nachdenken, müssen sie komplexe Entscheidungen treffen. Der Gesetzgeber hat sie beauftragt zwischen öffentlichen und privaten Belangen gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Zudem müssen zukünftige Entwicklungen abgeschätzt werden. Darum werden als Entscheidungsgrundlage Studien und Prognosen benötigt. Doch wie fließen deren Ergebnisse in die Planungen ein? Hier einige Beispiele:

Die Stadt Oberhausen hat vor einigen Jahren vom Institut für Strukturentwicklung IfS eine Studie zur Wohnungsnachfrage erarbeiten lassen. Das Institut riet der Stadt, vor allem Innenentwicklung zu betreiben, den Bestand in Oberhausen Mitte zu modernisieren und unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Stattdessen weist Oberhausen im Norden seines Stadtgebietes ein Wohngebiet nach dem anderen aus. Die meisten dieser Baugebiete leiden unter mangelnder Nachfrage.

Die Kreissparkasse Köln hat beim Bonner Institut Empirica eine Studie über den Wohnraumbedarf in der Region Bonn/Rhein-Sieg beauftragt. Pikantes Detail: Die

Kreissparkasse ist der größte Baufinanzierer in der Region. Empirica prognostizierte bis 2020 einen Bedarf von 70.000

Wohnungen, vor allem in Einfamilienhäusern. Die seien nötig, um trotz der Zuwanderung in die boomende Region auch dem eigenen Nachwuchs Grundstücke anbieten zu können. Die Baubranche und Bürgermeister freut es. Sie rufen trotz warnender Stimmen des BUND und einiger besonnener Planungsdezernenten kreisum nach vereinten Anstrengungen, um den „Ansturm“ bewältigen zu können. Und dies, obwohl die Prognose von Empirica über den Ergebnissen anderer (beispielsweise des Statistischen Landesamtes) liegt und auf dem Höhe- und Wendepunkt der Entwicklung endet.

Baugebiete sind für Kommunalpolitiker genau wie Ortsumfahrungen für Bundes- und Landtagsabgeordnete ein Denkmal für Verdienste um die Region. Studien und Prognosen zählen nur, wenn sie der eigenen Meinung entsprechen. Die Kosten und Lasten tragen aber wir alle. Straßen und Bauland unterscheiden sich nur darin, dass die negativen Folgen einer Straße inzwischen leichter kommunizierbar sind als die negativen Folgen eines Wohngebietes. Das liegt vor allem daran, dass es fast keine Räume mehr gibt, in denen neue Straßen gebaut werden könnten, ohne ein (vor ein paar mehr oder weniger Jahren) neu ausgewiesenes Wohngebiet mit Lärm zu beeinträchtigen. (sg)

Wenn Sie mir mehr über Flächenverbrauch und Zersiedelung wissen wollen, schauen Sie sich auf unserer Website www.freiraumschutz-nrw.de um. Stephan Günthner vom BUND-Projekt „Zukunftsfähige Flächen-nutzung in NRW“ gibt gerne auch telefonisch Auskunft (0211/302005-28).



BUND-Projektarbeit im Wandel: Die Landesregierung kürzt am falschen Ende

Mit seiner Projektarbeit hat der BUND-Landesverband in den letzten Jahren wichtige aktuelle umwelt- und naturschutzpolitische Themen aufgegriffen. Ob das Projekt zum Nationalpark Eifel, You Move zu Verkehrsthemen wie dem Bundesverkehrswegeplan oder der Feinstaubproblematik, das „Wassernetz NRW“ zum Thema EU-Wasserrahmenrichtlinie, das Projekt „Grüner Wall im Westen“ oder aktuell das Projekt „Zukunftsfähige Flächennutzung“ - alle haben gemeinsam, dass auf wissenschaftlicher Grundlage wichtige Öffentlichkeitsarbeit zu den einzelnen Themen erfolgt und die Kreis- und Ortsgruppen davon bei ihrer täglichen Arbeit profitierten.

Auch die Projekte der BUNDjugend wie „Zukunftsscouts zeigen wo's langgeht“ oder „Land der Kontraste“ haben – überwiegend in Wettbewerbsform – sehr vielen jungen Menschen die Themen Umwelt und Natur näher bringen können. Mensch und Umwelt und damit die Gesellschaft als Ganzes waren also direkt die Gewinner der Projekte des BUND-Landesverbandes.

Ermöglicht wurden diese Projekte überwiegend durch die Bereitstellung von Fördergeldern seitens des Landes NRW und vor allem auch der Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE) in Bonn. Nur so konnten die Themen wissenschaftlich aufbereitet, professionell konzipiert und öffentlichkeitswirksam präsentiert werden – und das stets sachorientiert, parteipolitisch neutral und mit herausragenden Ergebnissen.

Seit dem Regierungswechsel in Düsseldorf im Mai 2005 werden Umwelt- und Naturschutzprojekte jedoch rein politisch-ideologisch motiviert zum Auslaufen gezwungen und können so in bewährter Form nicht weiter fortgeführt werden.

Besonders betroffen davon ist aktuell die Stiftung Umwelt und Entwicklung. Hier versucht gerade der kleine Koalitionspartner auf perfide Weise, Umweltschutz gegen Wohlfahrtspflege auszuspielen. Die FDP setzte durch, dass im Haushalt 2007 des Landes NRW das Fördervolumen der Stiftung so drastisch gekürzt wurde, dass neue Projekte unmöglich werden.

Als Argument wird immer wieder der Zwang zum Sparen angeführt. Ein wenig glaubwürdiges Argument, da gleichzeitig für andere „Projekte“ (z.B. Landesgartenschauen oder Reiterstaffeln) nun wesentlich mehr Geld ausgegeben wird. Auch das häufig zitierte Argument, dass kommenden Generationen nicht so viele Schulden übergeben werden dürfen, ist im Umwelt- und Naturschutz nicht richtig, da vorsorgender Umweltschutz gerade auch finanziell am günstigsten ist.

Es braucht zwar Mut und Beharrlichkeit an Umwelt- und Naturschutzprojekten für morgen festzuhalten, doch die Vergangenheit lehrt, dass die einstige „Geißel der Wirtschaft“ wie technischer Umweltschutz gern bezeichnet wurde, heute ein Exportschlager ist und die „ökologischen Spielwiesen“ von damals wie Solartechnik oder Windkraft heute zu den wenigen Hoffnungsträgern zählen, die uns ein Überleben in Zeiten des Klima- und Energiewandels ermöglichen werden.



Neben der harschen Kritik an dieser ideologisch verfehlten Landespolitik im Bereich der Umwelt- und Naturschutzprojekte bleibt natürlich für den BUND-Landesverband die Aufgabe, neue Projekte unter anderen Rahmenbedingungen zu konzipieren und zu ermöglichen. Dabei muss sich der BUND wieder mehr auf seine eigenen Kräfte besinnen und langfristig denken. Der Landesvorstand wird auf der Landesdelegiertenversammlung 2007 dazu ein entsprechendes Konzept vorstellen.

Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender

Kommunaler Baumschutz wird weiter ausgehöhlt

Stadt- und Straßenbäumen droht Kahlschlag

Was dem Orkan Kyrill standhielt, müsste eigentlich erst einmal sicher sein. Trotzdem spielt in diesen Monaten mal wieder verstärkt die Kettensäge Schicksal bei Stadt- und Straßenbäumen. Ob in Aachen, Düsseldorf, in Köln, in den Kreisen Euskirchen, Höxter, Recklinghausen - Kahlschläge wohin man schaut.

In vielen Behörden gilt längst nicht mehr der fachliche Grundsatz: Ein gut gepflegter Baum lebt länger (und spart Kosten). Unabhängiger Sachverstand und Sensibilität im Umgang mit dem Lebewesen Baum sind kaum noch gefragt. Wenn ein Baum so aussieht, als würde er Probleme machen können, wird er gefällt - basta! Auch

lang der in seiner Verantwortung liegenden Landesstraßen. Fast folgerichtig werden in ganz NRW auch die meisten Baumschutzsatzungen flächendeckend eliminiert. Und wenn gar nichts mehr hilft, holen die Umwelt-Bürokraten das alte Totschlag-Argument aus der Schublade: Die Verkehrssicherungspflicht. Damit lässt sich dann so ziemlich jede Baumfällung rechtfertigen.

Es geht jedoch auch anders, wie ein Beispiel aus Mönchengladbach zeigt: Hier hatte die Verwaltung zunächst die Fällung von immerhin 330 städtischen Bäumen angeordnet, ohne dass sich irgendeiner der zu-

der Landesbetrieb Straßen in NRW praktiziert vielerorts diese Art von „Baumpflege“ ent-

ständigen Kommunalpolitiker oder die Lokalpresse darüber aufgeregt hatten. Erst als der BUND-Landesverband die Öffentlichkeit durch einen offenen Brief an die Stadt mobilisierte, kam Bewegung in die Angelegenheit. In Gesprächen mit der Stadtverwaltung wurde vereinbart, dass die diesjährige Fällliste noch einmal kritisch überprüft wird. Für die Zukunft wurde zugesichert, rechtzeitig und offen über die jährlichen Fälllisten zu diskutieren und nötigenfalls einen unabhängigen Sachverständigen einzubeziehen. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.



Rückfragen und Berichte von weiteren Kahlschlägen in NRW bitte an: Horst Meister, Mitglied im BUND-Landesvorstand, Tel. 02162 / 33737, horst.meister@bund.net

Letztendlich ist aber die Landesregierung in der Pflicht, sich endlich offensiv für den Erhalt und die Pflege aller Bäume in NRW einzusetzen und durch geeignete Fördermaßnahmen die Kommunen und den Landesbetrieb Straßen NRW dazu zu bewegen, Bäume nicht mehr länger als „Straßenbegleitgrün“, sondern als Lebewesen zu begreifen, die für unseren gesamten Naturhaushalt und für künftige Generationen unverzichtbar sind. *Horst Meister*

Protokoll einer Straftat - Fortsetzung PFT ist überall

Seit bekannt werden des PFT-Skandals (s. NRW-INFO 04/2006) ist viel passiert: Nachdem bereits vor einigen Jahren etliche Firmen die Produktion Perfluorierter Tenside (PFT) aus Angst vor möglichen Schadenersatzforderungen eingestellt hatten und eine weltweite Verbotsdiskussion in Gang kam, hat sich das EU-Parlament - auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in NRW - auf das Verbot von PFOS - einer Substanz aus der PFT-Stoffgruppe, geeinigt. Nach zur schwer erklärlichem monatelangem Zögern griff endlich auch die Staatsanwaltschaft Paderborn ein und verhaftete im Dezember 2006 den Geschäftsführer der für den PFT-Skandal verantwortlichen Fa. GW Umwelt nebst zweier Betriebsleiter.

Mehr PFT-Infos:
Alle PFT-Infos und eine ausführlichere Schilderung der aktuellen Ereignisse und BUND-Erfolge finden Sie unter <http://www.bund-nrw.delpft.htm>

Aus den beschlagnahmten Unterlagen ging hervor, dass gifthaltige Schlämme aus den Niederlanden übernommen wurden, die dann im Paderborner „Erdenwerk“ mit Kalk, Steinmehl und Klärschlämmen versetzt zu „Bodenhilfsstoff“ mutierten. Bereits etliche Monate zuvor hatte die Sprecherin des BUND-Arbeitskreises Abfall, Claudia Baitinger, ein Dokument aus dem Internet „gefischt“, aus dem diese Geschäftsbeziehungen hervorgingen. Diesen Beleg hat der BUND mehrfach öffentlich präsentiert und damit beweisen können, dass in Paderborn wissentlich problematischer und als „überwachungsbedürftig“ deklarierter Sonderabfall übernommen und verarbeitet wurde. Sowohl die

BUND-Strafanzeige im September 2006 als auch die Veröffentlichung dieses Belegs haben damit maßgeblich dazu beigetragen, dass die Behörden den relativ freundlichen Umgang mit der Skandalfirma aufgaben und sich zu einem kompromissloseren Vorgehen entschlossen.

Verbrennung bleibt umstritten

Der nicht mehr auf die Felder aufgebrauchte PFT-haltige Giftmüll wurde inzwischen in der Klärschlammverbrennungsanlage Werdohl „entsorgt“. Haupteigenschaft der PFT-Verbindungen ist ihre besonders hohe thermische Stabilität, daher auch die Verwendung in Feuerlöschmitteln. Da die Anlage in Werdohl nur bei optimalen Betrieb Temperaturen von max. 950° C erreicht, hatte der BUND massive Bedenken gegen diesen Weg vorgebracht. Wir sehen die Gefahr, dass PFT-Schadstoffe auf diesem Wege fein verteilt über die Luft verfrachtet werden. In intensivem Ringen mit dem Umweltministerium, dem Landesumweltamt und der Bezirksregierung erreichte der BUND immerhin, dass ein intensives Begleitmonitoring bei der Verbrennung einer Restmenge von 600 t Giftmüll durchgeführt wurde. Mitte Dezember verkündete Minister Uhlenberg stolz, dass man „in Abstimmung mit dem BUND“ diese Messungen durchgeführt und festgestellt habe, dass im Abgas kein PFOS und PFOA enthalten sei. Die Freude des Ministers hierüber konnte der BUND allerdings nicht teilen, da - wie von uns befürchtet - ausgerechnet



die Messwerte der toxischen Zersetzungsprodukte nicht vorgelegt wurden. Damit ist weiter unklar, ob PFT auf diesem Wege schadlos verbrannt werden kann und nicht doch die Luft und die Umgebung der Verbrennungsanlage beeinträchtigt werden.

Wir werden daher weiter gehende Messungen einfordern, zumal weitere Verbrennungen PFT-haltiger Abfälle, z.B. aus der Wasseraufbereitung und der Sanierung bei Brilon anfallen werden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass stark belasteter Klärschlamm aus der Kläranlage Borchten im Gemeinschaftskraftwerk Veltheim (Porta Westfalica) verfeuert wurde, dort allerdings bei 1600°C. Hier bestehen aber aufgrund des niedrigen Standards der Rauchgasreinigung große Bedenken gegen die Verlagerung des Abfallproblems in die Luft, wie das allerorten vorgehen ist.

Fazit und Ausblick

Besonders augenfällig ist das Versagen verschiedener Behörden in der Region Paderborn, wo man den Machenschaften der Fa. GW Umwelt über Jahre hinweg weitgehend tatenlos zusah - trotz vielfacher Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und unklarer Deklarationen der

verwendeten Stoffe. Ermöglicht wurde der PFT-Skandal vor allem dadurch, dass keine Behörde zu irgendeinem Zeitpunkt den von der Fa. GW Umwelt produzierten Dreck gemäß der Klärschlammverordnung oder anderer Bodenschutzgrenzwerte untersuchte. Man beschränkte sich stattdessen auf den minimalen Umfang der völlig unzureichenden Bioabfallverordnung und untersuchte lediglich den Schwermetallgehalt.

Der BUND fordert vor diesem Hintergrund politische und strukturelle Konsequenzen. Hierzu gehört vor allem der von uns geforderte Untersuchungsausschuss im Landtag, der die politische Verantwortung klären muss, hierzu gehört aber auch die Schaffung besserer Strukturen in der Justiz, die sich beim PFT auch nicht mit Ruhm bekleckert hat. Der BUND hat daher mit seinem Ruf nach einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität ins Schwarze getroffen und wird dafür eintreten, dass dies politisch auch umgesetzt wird.

Paul Kröfges

1. Internationale Klimaschutz-Genossenschaft fairPla.net in NRW gegründet – 500 MitbegründerInnen gesucht

Klimaschutz lokal und global

Gegenwärtig wird immer deutlicher, dass der Klimawandel eines der größten Probleme der Menschheit ist und schnelles Handeln Not tut. Viele „global Player“ aus Wirtschaft und Politik verharren aber in alten Lösungsmustern: Sie treiben den Bau neuer Kohlekraftwerke voran, drängen auf den Ausbau der Atomenergie oder entziehen sich internationalen Klimaschutzabkommen. Umso wichtiger ist, dass aus der Bürgerschaft neue Initiativen für Klimaschutz entstehen – die auf dieses globale Problem eine internationale Antwort geben.

Dies tun 31 Frauen und Männer aus Deutschland, Afghanistan und Südkorea gemeinsam mit dem BUND NRW mit der Gründung der ersten internationalen „Klimaschutz-Genossenschaft“ fairPla.net. Sie orientiert sich an dem Leitbild, dass der Klimawandel nur abzuwenden ist, wenn die Industriestaaten ihre CO₂-Emissionen durch erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz drastisch reduzieren, und sie gleichzeitig den so genannten Entwicklungsländern finanziell und technologisch behilflich sind, einen ökologischen Wachstumspfad mit Hilfe nachhaltiger Energien einzuschlagen.

fairPla.net setzt diese Forderungen in Praxis um - durch Bau und Betrieb erneuerbarer Energieprojekte parallel in Deutschland und in Entwicklungsländern. So werden gleichzeitig internationaler Klimaschutz und globale Gerechtigkeit gefördert.

Menschen im BUND

Wolfgang Deuster; 28 Jahre alt, Landschaftsplaner; seit neun Monaten im Landesvorstand

Mein Name ist Wolfgang Deuster und ich fühle mich seit 28 Jahren im Kreis Aachen zu Hause. Durch die Faszination zur Vogelwelt fand ich als Zehnjähriger den Weg zum Naturschutz. So waren dann auch im Zivildienst in der Biologischen Station Krickenbecker Seen ornithologische Kartierungen und Umweltbildung meine Aufgaben. Viele Erfahrungen sammelte ich in den letzten zehn Jahren bei der Betreuung von Verfahren zu Eingriffen in Naturhaushalt und Landschaftsbild sowie bei meiner Arbeit für den Landschaftsbeirat. Ein atomkraftfreier Klimaschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Themen wie Lebensstil-Debatte sind mir sehr wichtig. Nach meinem Diplom in Landschaftsplanung begann ich den Intern. Master in Land Use Management. In den letzten zwei Jahren habe ich mich im Bundesamt für Naturschutz in der Geschäftsstelle des UNESCO-Programms 'Der Mensch und die Biosphäre' (MAB) mit Biosphärenreservaten als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung befasst.

Bei Fragen zu den Themen Naturschutz, insbesondere Eingriffsregelung und Großschutzgebiete, bin ich unter wolfgang.deuster@bund.net erreichbar.



Foto: D. Jansen

Nun sucht fairPla.net bis zum 31. März 500 MitbegründerInnen, die Lust haben, den großen Konzernen zu zeigen, wie verantwortliches globales Wirtschaften aussieht.

Der BUND NRW als Gesellschafter in fairPla.net würde es begrüßen, wenn viele Menschen noch MitbegründerInnen dieser Klimaschutz-Genossenschaft werden. Denn eins ist klar: Wirkungsvoll wird fairPla.net nur, wenn viele Menschen mitmachen.

Edgar Boes-Wenner

Weitere Informationen
siehe beiliegendes Faltblatt „Gesucht: global Player“
oder unter www.fairpla.net.

Trotz „Ewigkeitsfolgen“ und Klimawandel:

Neues Steinkohlebergwerk geplant

Man mag es kaum glauben: während allerorts über Strukturwandel und Klimawandel diskutiert wird, plant die DSK ein neues Steinkohlebergwerk. Mit der Planerischen Mitteilung vom Mai und dem Scoping-Termin im Oktober 2006 ist der Startschuss für das Bergwerk Donar gefallen, von dem die Stadt Hamm und die südlichen Kreisgebiete von Warendorf und Coesfeld betroffen sind.

Bis 2009 sollen nach Willen der DSK die erforderlichen Genehmigungen vorliegen. Novum bei diesem Verfahren: Laut Presse-



Foto: D. Jansen

berichten sucht die DSK zur Finanzierung des Abbaus einen Investor, damit ab 2015 bis 2035 vor allem Koks-kohle zutage gefördert werden kann.

Mehr Infos zu Donar: www.lbnaturschutz-nrw.de.

Die Naturschutzverbände vor Ort lehnen das Vorhaben grundsätzlich ab. Die massiven Bergsenkungen bis zu 7,5 m werden sich insbesondere auf die Fließgewässer negativ auswirken. Dazu kommen die „Ewigkeitsfolgen“ durch die unbefristete Notwendigkeit Grundwasser zu heben und abzuleiten sowie die klimaschädliche Nutzung des fossilen Brennstoffs. Im Scoping-Termin, in dem es ja zunächst nur um den Untersuchungsrahmen ging, forderten die Verbände daher konsequenterweise auch die Untersuchung der Auswirkungen auf das Weltklima.

Die Hoffnung liegt nun natürlich zunächst darauf, dass sich der erhoffte Investor nicht findet oder dass sich die Weltmarktnachfrage nach Koks-kohle in unserer schnelllebigen Zeit rasch ändert. Dann blieben auch die Planungen für das Bergwerk Donar für immer unter Tage - in der Schublade. *Thomas Hövelmann*



Weitere aktuelle Informationen rund ums Thema ‚Gentechnik‘, zu den BUND-Aktivitäten und zum Anbau in NRW gibt es unter www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm

Fotos: K. Brunsmeier, www.campact.de

Gentechnik auf dem Vormarsch: Erneut Anbau von Genmais in NRW

Nach einem turbulenten Jahr 2006 mit vielen Aktionen an den Genmais-Äckern in Borken, Greven und Werne (Kreis Unna), hartnäckigen BUND-Recherchen zum geheim gehaltenen Gentech-Anbau in NRW in den Vorjahren sowie etlichen politischen Initiativen ist zur Zeit noch unklar, wie sich der Anbau genmanipulierter Pflanzen im Jahr 2007 weiter entwickelt. Bis Ende Januar war im öffentlichen

Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erneut der Anbau des Genmais MON 810 in Borken angemeldet. Offen bleibt, ob in NRW Freisetzung zu Forschungszwecken (wie sie seit vielen Jahren in Werne an der Lippe) durchgeführt werden, da diese erst drei Tage vor Aussaat bekannt gegeben werden müssen. Der BUND bleibt wachsam und stellt erneut alle bekannt gewordenen Gentech-Äcker mitsamt Karte in seine Homepage ein.

Eine besondere politische Herausforderung ist die Novellierung des Gentechnikgesetzes, mit dem die Bundesregierung in Kürze den Gentechnikanbau in Deutschland erleichtern möchte. Die von Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer hierzu vorgelegten ‚Eckpunkte‘ sind aus BUND-Sicht völlig inakzeptabel. So sollen u.a. Forschungseinrichtungen bei Freisetzungen weitgehend von Haftungspflichten befreit und Schäden in Folge von Kontamination benachbarter Flächen vom Steuerzahler getragen werden. Eine Haftung für ungewollte, technisch ‚nicht vermeidbare‘ Verunreinigungen der Ernte soll generell erst bei einem Anteil von 0,9% ansetzen, obwohl Verarbeiter wie z.B. Mühlen auch bereits geringer verunreinigte Ernten zu Recht zurückweisen. Bauern, die bewusst gentechnikfrei produzieren, blieben in diesem Fall auf ihrer Ernte sitzen oder müssten sie zu einem geringeren Preis vermarkten, ohne Schadensersatz zu erhalten. Weiterhin ist vorgesehen, im Standortregister anders als bisher nicht mehr die Flurstücke der Anbauflächen bekannt zu geben und somit die Bevölkerung über die genaue Lage der Gentech-Äcker im Unklaren zu lassen und Proteste vor Ort zu erschweren – für den BUND ein klarer Fall von Demokratieabbau! (rb)

► **BUNDjugend-Veranstaltungen 2007:** Zeit für Neues, Zeit die Natur zu genießen, Zeit die Welt zu verändern... Die BUNDjugend NRW bietet im Jahr 2007 dazu jede Menge Möglichkeiten. Ob auf dem Bauernhof, beim politischen Aktionstheater, in der Wildnis der Senne oder auf einem alten Stahlwerksgelände im Ruhrgebiet; ob für Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene – wir legen bei unseren Veranstaltungen großen Wert auf Erlebnis und Aktivitäten im Freien, Gemeinschaft und Kreativität, Entspannung und Wohlfühlen.

Nähere Informationen: www.bundjugend-nrw

► **BUND-Veranstaltungsprogramm 2007:** In Kooperation mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie veranstaltet der BUND auch in 2007 zahlreiche Bildungsveranstaltungen. Mehr Infos unter www.bund-nrw.de/veranstaltungen.htm oder www.nua.nrw.de

IMPRESSUM: Das *NRW-Info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeit:** Ralf Bilke (rb), Dirk Gährken (dg), Stephan Günthner (sg), Paul Kröfges (pk), Bernd Meier-Lammering (bml), ♦ **Auflage:** 16.000 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRW-Info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2007 ♦ © BUND NRW Februar 2007 (Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW)